

HORST HELAS

# Was nun? Was tun!

WAHLERFOLGE VON RECHTSEXTREMISTEN.  
INFORMATIONEN UND VORSCHLÄGE FÜR GEGENSTRATEGIEN

Zum zweiten Male in diesem Jahr haben Wahlen in Deutschland stattgefunden: Kommunalwahlen am 10. September in Niedersachsen, Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin und zu den Berliner Bezirksverordneten-Versammlungen sowie Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern am 17. September.

Was Politiker, Journalisten und Wahlforscher diesmal relativ einhellig vorhergesagt hatten, ist eingetroffen. Die Wähler haben in Niedersachsen 18 Vertreter rechtsextremistischer Parteien in Kommunalvertretungen geschickt. In Berlin blieb den Rechtsextremisten der Einzug in das Abgeordnetenhaus mit 2,6 % (NPD) bzw. 0,9 % (Republikaner) der abgegebenen Stimmen versagt. Jedoch sind sie jetzt in vier Bezirksverordneten-Versammlungen vertreten. Nach Bremen und Brandenburg (jeweils DVU), nach dem Einzug der NPD 2004 mit 12 Abgeordneten in den Sächsischen Landtag, werden künftig 6 Abgeordnete dieser Partei in Fraktionsstärke im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern Sitz und Stimme haben. Rechtsextremisten sind damit in vier Länderparlamenten vertreten.

Wie nach anderen Wahlen auch überwiegen (vorerst) vorschnelle bzw. kurzschlüssige Deutungs- und Erklärungsversuche der Wahlergebnisse in ihren Grundtendenzen wie für die einzelnen Parteien.

Hinsichtlich der Wahlergebnisse der Rechtsextremisten überwiegen im Lager ihrer politischen Gegner aller Richtungen unmittelbar nach den Wahltagen moralische Missfallensbekundungen (»abscheulich«, »bittere Pille«, »widerwärtig« usw.). So sehr man solche Standpunkte auch teilen mag, gefragt sind Überlegungen, welche Gegenstrategien in der Auseinandersetzung mit rechtsextremistischer Ideologie und Politik sich bislang bewährt haben und was falsch gemacht worden ist. Zu fragen ist auch danach, was und wie man es in Zukunft besser oder anders machen sollte. Informationen zum Geschehen und erste Überlegungen für Gegenstrategien will dieses Papier anbieten – in der Hoffnung auf Widerspruch, Ergänzung und Disput.

## I. Informationen

### 1. Kommunalwahlen in Niedersachsen

Zu entscheiden war über die Zusammensetzung von rund 2200 Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten, in 318 Städten und Gemeinden fanden Direktwahlen für hauptamtliche Landräte und Bürgermeister statt.

Die Linken erzielten ein sehr gutes Ergebnis. Statt bisher 13 konnten 135 Mandate errungen werden. Aber auch die Rechtsextremisten versechsfachten ihr Ergebnis.

Insbesondere in »Problemgebenden« wie dem Raum Verden (mit dem rechtsextremistischen Zentrum »Heisenhof«<sup>1</sup> in der Nähe des Dorfes Dörverden gelegen) erreichte die NPD höhere Ergebnisse:

Kreistag Verden: 4,2 % der Stimmen; Stadt Verden: 3,9 % der Stimmen.

Hingegen erreichte die NPD im Landkreis Stade, einem langjährigen Zentrum der Auseinandersetzung zwischen Antifaschisten und Rechtsextremisten in Niedersachsen<sup>2</sup>, nur 2 % der abgegebenen Stimmen. Aber auch dort konnte die NPD mit fast 4000 Stimmen ihren Stimmenanteil gegenüber der Bundestagswahl nahezu verdoppeln.

Auch in einigen Städten schnitten Rechtsextremisten überdurchschnittlich ab:

Helmstedt: Kreistag: 5,0 % der Stimmen; Stadt: 4,6 % der Stimmen.

Salzgitter (Republikaner):, 3,6 % der Stimmen.

Auffallend sind auch die Ergebnisse in einigen Dörfern.<sup>3</sup>

1 Der »Heisenhof« ist eine von mehreren Immobilien, die der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger, der sich demnächst um den Posten des stellvertretenden NPD-Vorsitzenden bewerben will, aufgekauft hat.

2 Siehe: Michael Quelle: Antifaschismus – gelebte Haltung im Landkreis Stade. In: Horst Helas / Dagmar Rubisch (Hrsg.): Rechtsextremismus in Deutschland. Analysen, Erfahrungen Gegenstrategien, Berlin 2006, S. 113-119.

3 Emmerstadt: 10,5 Prozent, NPD; Wiedelah 4,8 Prozent (NPD).

Zu den positiven Ergebnissen gehört auch, dass für die Wahlen in der kreisfreien Stadt Delmenhorst, die bundesweit durch die breiten Bürgerproteste gegen den beabsichtigten Erwerb einer weiteren Immobilie durch Jürgen Rieger Aufmerksamkeit erregte, Rechtsextremisten nicht in das Stadtparlament einziehen konnten.

Eine Übersicht der Berufe der gewählten rechtsextremistischen Mandatsträger bestätigt einen namentlich aus Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern bekannten neuen Trend:

Mandatsträger (wie auch Funktionäre der NPD) sind oft nicht primitive, gewaltbereite »Glatzen« (die es immer noch gibt und die aggressiver als früher auftreten) oder »Bierdosenhalter«<sup>4</sup>. Folgende Berufsangaben (unvollständige Auswahl) sprechen zumindest für eine abgeschlossene Berufsausbildung:

Altenpfleger, Bäcker, Bürokaufmann, Chemisch-Technischer Assistent, Elektroinstallateur, Fahrlehrer, Industriekaufmann, Koch, Kraftfahrer, Krankenpfleger, Lackierer, Landmaschinenschlosser, Maschinenführer, Maurer, Mechaniker, PC-Techniker, Übersetzer, Schweißer, Selbständiger Unternehmer.

Am 2.Juli hat sich in Braunschweig eine gemeinsame Landesarbeitsgemeinschaft Antifaschismus/Rechtsextremismus von Linkspartei und WASG gegründet. Sicher hat sie auch nach den Wahlen reichlich zu tun.

## **2. Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen in Berlin**

### *a) Wahlen zum Abgeordnetenhaus*

Das vorläufige amtliche Endergebnis für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus bestätigt die Prognose, dass Vertreter rechtsextremistischer Parteien nicht in das Berliner Parlament einziehen werden. Die NPD erreichte 2,6 % der Stimmen (+ 1,7 % gegenüber 2001). Die Republikaner kamen auf 0,9 % der Stimmen (gegenüber 2001 - 0,4). Die Wahlbeteiligung lag insgesamt bei nur 58 % (2001: 68,1 %.)

### *b) Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen*

Wie befürchtet, gelang den Rechtsextremisten der Einzug in mehrere Bezirksparlamente. Von den insgesamt 660 Sitzen in den Bezirken erlangten Rechtsextremisten 12 Mandate und zogen in vier Bezirksverordnetenversammlungen ein.

*Marzahn-Hellersdorf:* 6,4%, 3 Abgeordnete (NPD) als Fraktion

*Lichtenberg:* 6,0 %, 3 Abgeordnete (NPD) als Fraktion  
*Treptow-Köpenick:* 5,3 %, 3 Abgeordnete (NPD) als Fraktion

*Neukölln:* 3,9 %, 2 Abgeordnete (NPD)

*Pankow:* 3,1%, 1 Abgeordneter (Republikaner).

<sup>4</sup> Bezeichnung des verstorbenen sächsischen NPD-Funktionärs und Fahrerschullehrers Uwe Leichsenring.

Besonders spektakulär ist das Ergebnis in Treptow/Köpenick, wo der Bundesvorsitzende der NPD Udo Voigt und der Landesvorsitzende der Partei Eckart Bräuniger ein Mandat errangen.

Mit jeweils drei Abgeordneten zog die NPD in die Bezirksparlamente von Treptow-Köpenick (5,3 % der Stimmen), Marzahn-Hellersdorf (6,4 % der Stimmen) und Lichtenberg (6 % der Stimmen). In Neukölln (3,9 % der Stimmen) werden zwei, in Pankow (dies gilt als Überraschung und wird den Auseinandersetzungen um den Neubau einer Moschee in Berlin-Heinersdorf zugeschrieben) ein Abgeordneter der Republikaner der Bezirksversammlung angehören (3,1 % der Stimmen).

Wie schon zu den Bundestagswahlen kristallisieren sich in Berlin einige Wahlbezirke heraus, in denen die Rechtsextremisten einen besonders hohen Stimmenanteil erzielten. Auch wenn dahinter in absoluten Zahlen oft nur wenige Personen stehen, bestätigt sich, dass in bekannten »Problembezirken« in noch höherem Maße als früher rechtsextrem gewählt wurde.

Zwei Beispiele:

- Marzahn-Nord, Stimmbezirk 116 (Borkheider Straße am Bahnhof Ahrensfelde): 18,8 % für die NPD. Dahinter stehen 38 von 772 der abgegebenen Stimmen. In diesem Kiez wohnen besonders viele so genannte Russlanddeutsche.

- Stimmbezirk 326, Treptower Ortsteil Altglienicke: 19,8 % für die NPD; Wahlbeteiligung hier nur 27,7 % (2001 noch 63 %). Auch in diesem Kiez wohnen besonders viele so genannte Russlanddeutsche.

Die Berliner Wahlergebnisse verdienen auch dahingehend Beachtung, dass von den Rechtsextremisten eine Doppelstrategie verfolgt wurde, die bestimmte Wirkungen zeigte.

*Erstens.* Oft und offensiver als bisher bemühten sich Rechtsextremisten um die aktive Beteiligung an Wahlveranstaltungen anderer Parteien (»Wortergreifungsstrategie«), um sich als eine »normale demokratische Kraft« zu präsentieren.

*Zweitens.* Gleichzeitig ist in Berlin eine Zunahme der Gewalttaten und ihrer Brutalität zu verzeichnen, die eine neue Qualitätsstufe erreichte.

Mit beiden Phänomenen wurden Vertreter aller demokratischen Parteien konfrontiert.

## **3. Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern**

Mit 7,3 % der abgegebenen Stimmen erreichte die NPD ihr Ziel, in ein viertes Länderparlament einzuziehen. Sie zieht mit 6 Abgeordneten in Fraktionsstärke in den Landtag ein.

Die NPD hatte sich konzentriert und langfristig auf diesen Erfolg vorbereitet. Der Vorsitzende der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag Holger Apfel fungier-

te in Mecklenburg-Vorpommern als Wahlkampfleiter, der bisherige Geschäftsführer dieser Fraktion Peter Marx wechselt jetzt nach Schwerin, um einen funktionierenden Apparat der NPD-Fraktion aufzubauen und den gewählten Abgeordneten Profil zu geben.

Der Appell aller demokratischer Parteien unmittelbar vor den Wahlen, alle Wähler mögen ihre Stimme abgeben, egal für welche der Parteien, um den Einzug der NPD in den Landtag zu verhindern, hatte wenig Erfolg. (Wahlbeteiligung: 59,2 %)

Abzuwarten bleibt, wie sich die demokratischen Parteien zu entschlossenem Handeln gegen die Rechtsextremisten in der täglichen Praxis zusammenfinden werden, ob es einen »Mobilisierungseffekt« geben wird.

Vor den Wahlen hatte der Parteienforscher Nikolaus Werz geschrieben:

*Eine niedrige Beteiligung hilft der NPD. Jüngste Umfragen sagen ihr bis zu 7 % voraus. Damit wäre sie im Parlament.*

*Es dürfte auf jeden Fall ein enormer Imageschaden entstehen. Kommt die NPD nicht in den Schweriner Landtag, dann berichtet die ausländische Presse über diese Landtagswahl nicht. Wenn sie aber in das Schweriner Schloss kommt, dann steht es in der internationalen Presse – schon aufgrund unserer deutschen Geschichte. Aber vieles ist da noch Spekulation. So gehen die Umfrageergebnisse von einer niedrigen Wahlbeteiligung aus. Je höher sie ist, umso schwieriger wird es für die NPD, in den Landtag zu kommen. Insofern kann man sagen, diese neuesten Zahlen zur NPD können auch einen Mobilisierungseffekt und damit sogar etwas Gutes bewirken.<sup>5</sup>*

Wie zu erwarten war, erlangte die NPD in Vorpommern und im Nordwesten Mecklenburgs besonders hohe Stimmenanteile. Zu denken geben muss, dass die NPD in 33 von 36 Wahlkreisen Mecklenburg-Vorpommerns die Fünf-Prozent-Grenze überspringen konnte, nur in drei Wahlkreisen blieb das Ergebnis knapp unter 5 %.<sup>6</sup>

Eine Übersicht ergibt folgendes Bild:

*Wahlkreis-Ergebnisse Mecklenburg-Vorpommern.  
Vorläufiges amtliches Endergebnis,  
Zweitstimmen für die NPD<sup>7</sup>*

|                                     |        |
|-------------------------------------|--------|
| Bad Doberan I                       | 6,9 %  |
| Bad Doberan II                      | 5,3 %  |
| Demmin I                            | 8,8 %  |
| Demmin II                           | 9,3 %  |
| Greifswald                          | 5,6 %  |
| Güstrow I                           | 8,3 %  |
| Güstrow II                          | 7,0 %  |
| Ludwigslust I                       | 9,1 %  |
| Ludwigslust II                      | 7,1 %  |
| Ludwigslust III                     | 7,7 %  |
| Mecklenburg-Strelitz I / Müritz II  | 7,4 %  |
| Mecklenburg-Strelitz II / Müritz II | 9,2 %  |
| Müritz I                            | 6,5 %  |
| Neubrandenburg I                    | 6,3 %  |
| Naubrandenburg II                   | 6,3 %  |
| Nordvorpommern I                    | 6,0 %  |
| Nordvorpommern II                   | 7,5 %  |
| Nordvorpommern III / Stralsund I    | 6,8 %  |
| Nordwestmecklenburg I               | 5,9 %  |
| Nordwestmecklenburg II              | 6,0 %  |
| Ostvorpommern I                     | 12,2 % |
| Ostvorpommern II                    | 11,5 % |
| Parchim I                           | 7,7 %  |
| Parchim II                          | 6,1 %  |
| Rostock I                           | 6,6 %  |
| Rostock II                          | 5,7 %  |
| Rostock III                         | 3,8 %  |
| Rostock IV                          | 4,9 %  |
| Rügen I                             | 7,9 %  |
| Rügen II                            | 7,3 %  |
| Schwerin I                          | 4,7 %  |
| Schwerin II                         | 6,7 %  |
| Stralsund II                        | 6,3 %  |
| Uecker-Randow I                     | 15,0 % |
| Uecker-Randow II                    | 13,1 % |
| Wismar                              | 5,5 %  |

Die NPD feierte ihren Wahlerfolg in Mecklenburg-Vorpommern laut und selbstbewusst. Sowohl NPD-Vorsitzender Udo Voigt als auch der NPD-Wahlkampfleiter in Mecklenburg-Vorpommern ließen über die nächsten Ziele der Partei keinen Zweifel aufkommen. Die NPD werde keine reine »Ostpartei« bleiben (und ist es tatsächlich nicht). Das Parteienbündnis von NPD und DVU soll durch eine Zusammenarbeit mit den Republikanern erweitert werden. Die nächsten Ziele: 2008 Einzug in den Landtag Bayerns und 2009 in den Deutschen Bundestag.

<sup>5</sup> Siehe: ND 13.9.2006, S. 4.

<sup>6</sup> Inwieweit dieses Ergebnis Ausdruck einer stabilen Anhängerschaft der NPD ist oder zum großen Teil nur so genannten »Protestwählern« zu verdanken ist, die sich bei der nächsten Wahl ganz anders entscheiden könnten, soll hier nicht näher untersucht werden.

<sup>7</sup> Zusammengestellt nach der Übersicht in: ND 19.9.2006, S. 4.

## II. Was nun? Was tun?!

### Vorschläge für Gegenstrategien

1. Rechtsextremismus ist (wie auch im 20. Jahrhundert) im Deutschland der Gegenwart eine von vier gesellschaftlichen Grundströmungen. Als solcher muss er erst einmal als relativ eigenständige gesellschaftliche Grundrichtung angesehen werden.<sup>8</sup> Davon ausgehend ist u. a. nach der politischen Programmatik wie dem praktischen Verhalten der Vertreter der anderen Grundrichtungen gegenüber dem Rechtsextremismus zu fragen. Gegenwärtig reicht die Palette zu beobachtender und zu beachtender Vorgänge von der Forderung, konservative Grundwerte (wieder) stärker selbst zu besetzen, über die sich vielerorts ausbreitenden Verharmlosung bzw. Gleichgültigkeit gegenüber rechtsextremistischer Politik und Aktivität (»Sie sind doch ein Teil von uns.«; »Nicht übertreiben, das schädigt Deutschlands Ansehen im Ausland noch mehr und verschreckt Investoren wie Touristen.«) bis zu Unsicherheiten bei sich als links verstehenden Kräften, wie man konsequent und in jedem Fall die Abgrenzung von Rechtsextremisten praktiziert, wenn es um scheinbare Übereinstimmungen im Kampf gegen soziale Ungerechtigkeiten oder regionale Perspektivlosigkeit geht. Anders formuliert: Die bestehende neoliberale Gesellschaft in Deutschland mit ihren zunehmenden gesellschaftlichen Problemen zwischen arm und reich, »oben« und »unten«, ist auch der Nährboden für rechtsextremistische Politik. Das gesamte Beziehungsgefüge der vier gesellschaftlichen Grundströmungen ist in den Blick zu nehmen.

2. Führende Rechtsextremisten verhehlen nicht, dass das gesamte bestehende gesellschaftliche »System« beseitigt werden soll – vorerst mit friedlichen Mitteln. Auch in den jüngsten Wahlkämpfen wurden alle demokratischen Parteien als »Träger des Systems« frontal angegriffen und einzelne Wahlhelfer verschiedener Parteien brutal zusammengeschlagen, ohne nach deren Parteibuch zu fragen. Die mit dieser Grundprämisse selbstgezogene Scheidelinie der Rechtsextremisten gegenüber allen anderen gesellschaftlichen Kräften in Deutschland bietet für gemeinsames Handeln der demokratischen Kräfte einen klaren Handlungsrahmen.

<sup>8</sup> »Faschismus, Rechtsextremismus und die völkischen Richtungen sind keine rasch vorübergehenden Erscheinungen, sondern ein Jahrhundertphänomen. Sie sind eine große und mächtige Grundströmung des entwickelten Kapitalismus – überall auf der Welt und gemeinsam mit den drei anderen bedeutsamen politischen Richtungen des Liberalismus, Sozialismus und Konservatismus. Und ebenso wie diese verändert sich die Rechte – und bleibt sich aber auch gleich.« So Rainer Rilling in: Die Rechte ist auch nicht mehr, was sie mal war. Zum Wahlergebnis von NPD und DVU bei den Landtagswahlen im September 2004. standpunkte 15/2004, S. 1.

3. Deshalb verdienen die z. B. in allen ostdeutschen Länderparlamenten vor den Wahlen beschlossenen Grundsatzpapiere zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus jetzt eine noch energischere, tiefergreifende Unterersetzung im Alltag. Dabei kann an jahrelang aufgebaute überparteiliche Strukturen der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus angeknüpft werden. Diese Strukturen boten bisher zahlreichen Projekten und Einzelaktivisten einen sicheren Rahmen und professionelle Beratung. Diese im Rahmen von ENTIMON, CIVITAS und XENOS in den letzten Jahren geförderten, für die Politikberatung wie die Verbreitung von Wissen und Aufklärung unter der Bevölkerung unverzichtbaren Strukturen stellen ein kostbares Kapital in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus dar.

4. Politiker aller demokratischen Parteien haben gewusst, dass die Förderprogramme ENTIMON, CIVITAS und XENOS Ende 2006 auslaufen werden. Sie haben es versäumt, rechtzeitig über Folgestrukturen gründlich nachzudenken und entsprechende Beschlüsse zu fassen. Ja, sie haben keine Bedenken, solche Strukturen zu zerschlagen und künftig nur noch möglichst viele kleinteilige Projekte ohne nachhaltige Wirkung zu fördern. Die Versicherungen der Bundesregierung, die Notwendigkeit der Förderung der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu erkennen und genügend Mittel bereit zu stellen, darf mit größtem Misstrauen betrachtet werden. Zudem zeugt der gegenwärtige Aktionismus auf Bundes- wie Länderebene (sich widersprechende Aussagen hierzu bestimmen das Bild in den Medien) nicht von langfristigem konzeptionellen Denken und Handeln. Hier sind auch künftig kritisches Hinterfragen und gesellschaftlicher Protest angesagt.

5. Alle bisherigen Erfahrungen besagen, dass Rechtsextremismus am wirksamsten dadurch bekämpft werden kann, dass die Zivilgesellschaft gestärkt wird. Es gilt, Menschen aller Generationen Mut zu machen, sich zu engagieren, rassistischen und antisemitischen Ansichten, wo sie auftauchen, sofort entgegenzutreten und Gewalttaten mit geeigneten Mitteln zu verhindern, sie und ihre geistigen Urheber öffentlich anzuprangern sowie für eine angemessene Bestrafung der Täter und ihrer Auftraggeber zu sorgen.

6. Kräfte, die sich vor Ort Rechtsextremisten auf der Straße und in Veranstaltungen entgegenstellen, machen mit den zuständigen staatlichen Repressivorganen wie Justiz, Polizei oder Ordnungsdienstern unterschiedliche Erfahrungen. Es gleicht einem Pokerspiel, ob von Fall zu Fall Polizisten gegen antifaschistische Gegendemonstranten unverhältnismäßig hart auftreten oder deeskalierend vorgehen. Viele Engagierte in Städten und

Regionen in ganz Deutschland gewannen in letzter Zeit den Eindruck, dass insbesondere Justizorgane rechtsextremistischen Aktivitäten letztlich Vorschub leisten (»Juristen schützen die Faschisten.«).

7. Im Zusammenhang mit der konsequenten Anwendung bestehender gesetzlicher Vorschriften zur Eindämmung rechtsextremistischer Aktivitäten und Äußerungen wird die Frage nach dem Für und Wider eines neuen NPD-Verbotsverfahrens wieder breit diskutiert. Befürworter eines solchen neuen Versuchs verweisen auf die tatsächliche Verfassungsfeindlichkeit von Äußerungen und Taten der Rechtsextremisten – etwa wenn in Mecklenburg-Vorpommern der NPD-Spitzenkandidat Udo Pastörs Hitler verherrlicht. Rechte Gewalttaten sollten als solche klar benannt und bestraft werden. Insbesondere ältere Antifaschisten, die den schleichenden Vormarsch der Nationalsozialisten und die Terrordiktatur des Hitler-Regimes noch miterlebt haben, empfinden den fast ungebremsten Vormarsch rechtsextremistischer Parteien und Organisationen als unerträglich und als Beleidigung für ihr jahrzehntelanges Engagement zur Verteidigung der Demokratie. Sie geben zudem zu bedenken, dass gerade von Deutschland aus ein deutlicheres weltweit vernehmbares Signal gegen Rechtsextremismus ausgehen müsste. Jene, die einem neuen Verbotverfahren gegenüber der NPD eher skeptisch gegenüberstehen, führen vor allem zwei Argumente ins Feld: Erstens. Bundesinnenminister und Verfassungsschutz erklären immer wieder, dass sie ohne verdeckte Ermittler bei der Bekämpfung der rechtsextremistischen Szene noch weniger Erfolge aufweisen würden und diese Arbeitsweise deshalb unverzichtbar sei. Zweitens. Alle Einzelverbote von Kameradschaften oder rechten Musikgruppen haben deren Strukturen nicht nachhaltig zerschlagen, sondern es sind neue entstanden, die noch schwerer durchschaubar sind.

8. Ein zentrales Feld zum Abbau der grassierenden Politik- und Politikerverdrossenheit, wofür hohe Zahlen für die »Partei der Nichtwähler« nur ein Indiz sind, ist der Ausbau der Möglichkeiten zur selbstbestimmten, aktiven Teilhabe an der Vorbereitung und Begleitung konkreter Politikfelder, insbesondere auf gewerkschaftlicher Ebene und im kommunalen Bereich.<sup>9</sup>

9. Ein umfassendes Programm zur Wissensvermittlung und Aufklärung über Grundzüge und aktuelle Erscheinungsformen rechtsextremistischer Ideologie und Politik, ihrer Strukturen, Funktionäre und Symbole sollte ausgearbeitet und flächendeckend in Deutschland

<sup>9</sup> Verwiesen sei nur auf die Schlussfolgerungen des Teams um Richard Stöss aus ihrer soziologischen Studie zur Überwindung rechtsextremistischer Einstellungen bei Gewerkschaftern und Beispiele von Bürgerbeteiligung in einzelnen Kommunen.

umgesetzt werden. Hier ist in allererster Linie der Staat gefordert. Bildungsangebote sollten sich nicht nur (aber zuvorderst) an Jugendliche richten. Auch Multiplikatoren und von Amts wegen mit Rechtsextremismus Beschäftigte sollten umfassender informiert und geschult werden. Eines von vielen inhaltlichen Themenfeldern ist dabei die Geschichte der NS-Zeit. Hierüber sollte z. B. Jugendliche und Kinder, in geeigneter Form wesentlich früher als bisher üblich Wissen über Tatsachen und gesellschaftliche Zusammenhänge vermittelt werden. Das gilt für Elternhaus und Schule ebenso wie Freizeit- und Medienangebote.

10. Eine besonders hohe Verantwortung bei der wirksamen öffentlichen Auseinandersetzung kommt allen Medien zu. Bislang überwiegt eine Informationsvermittlung und Berichterstattung, die nur spektakuläre Vorfälle thematisiert und zu selten nach Hintergründen fragt. Wenn Rechtsextremismus in der so genannten Mitte der Gesellschaft angekommen ist – und dies scheint der Fall zu sein – müssen sie im inhaltlichen Profil der Medien auch eine kontinuierlich verfolgte Leitlinie werden.

11. Rechtsextremismus wirksam und nachhaltig zu bekämpfen verlangt, die zielgerichtete Auseinandersetzung mit den Grundrichtungen seiner Ideologie und Politik. Ein Beispiel: Wenn in Grundsatzpapieren rechtsextremistischer Parteien und Reden ihrer führenden Funktionäre z. B. die Kombination von Beschäftigung mit den sozialen Fragen in Verbindung mit der »Ausländerfrage« (gemeint ist: prinzipielle Ausländerfeindlichkeit) zur wichtigsten strategischen Komponente erklärt wird, ist hier ein weites Feld der Auseinandersetzung gegeben.

12. Zur wirksamen, langfristigen Bekämpfung des Rechtsextremismus gehört eine »linke Politik«, die wieder wesentlich deutlicher macht, dass es außer den Rechtsextremisten noch andere gesellschaftliche Kräfte gibt, die sich als Anwalt der sozial Schwachen verstehen, ihre existenziellen Nöte ernst nehmen und sich an die Spitze der Proteste gegen soziale Ungerechtigkeiten stellen. Rechtsextremisten haben einen wesentlichen Teil ihrer jüngsten Wahlerfolge dem Umstand zu verdanken, dass »die Linke« diesen Eindruck immer schwächer vermittelt hat. In »der Linken« wird die Auseinandersetzung darüber, ob es generell richtig ist, dass Linke in den Länderparlamenten Berlin und Mecklenburg-Vorpommern als Juniorpartner zur Abmilderung des neoliberalen Grundkurses im Interesse der sozial Schwachen weiter mitwirken sollen oder die im Entstehen befindliche Partei der Linken in Deutschland als stärkste, von den anderen linken Gruppierungen und Persönlichkeiten in Deutschland mehr oder weniger

akzeptierte Führungskraft sich auf eine allseitige Fundamentalopposition beschränken bzw. konzentrieren soll, zunehmen. Interessant ist, dass dieser schwierige Spagat auf kommunaler Ebene nicht infrage gestellt, sondern weitgehend akzeptiert wird.

13. Die von den Rechten seit längerem angestrebte Taktik, von den demokratischen Kräften überlassene gesellschaftliche Freiräume zu nutzen, trägt Früchte. Man konnte es beispielsweise in der Sächsischen Schweiz auf kommunaler Ebene seit längerem erleben.<sup>10</sup> Die Rechtsextremisten streben in die »Mitte der Gesellschaft«, werden zunehmend dort von anderen geduldet bzw. sie besetzen weitgehend kampfflos überlassene Freiräume wie in Ueckermünde<sup>11</sup>. Es gilt, diese gesellschaftlichen Räume zurückzugewinnen. Dazu ist ein Neuaufbau bzw. die Wiederbelebung einer intakten kulturellen Infrastruktur in vielen Regionen Deutschlands notwendig, insbesondere in kleinen Städten und auf dem Land geboten. Stichworte: Verhinderung von Schulschließungen, Jugendclubs und andere Jugendfreizeiteinrichtungen fördern und ausbauen, traditionelle Festkultur und Pflege regionaler Traditionen und von Heimatgeschichte demokratisch besetzen.

14. Überall in Deutschland, nicht nur im Osten, vermehren sich die Aktivitäten von Rechtsextremisten, gefördert von im Stillen agierenden betuchten Gönnern, zum Ankauf von Immobilien. Ziel ist es, diese als Stützen regionaler Strukturen zu entwickeln, Schulungs- und Begegnungsstätten zu schaffen und in den Kommunen den Eindruck zu vermitteln, dies sei legitim und normal. Um dem entgegenzusteuern, sind juristische Sachkenntnis bei den für Entscheidungen zuständigen örtlichen Behörden ebenso gefragt wie Aufklärung darüber, welche demokratiefeindlichen Gedanken an solchen Orten vermittelt werden sowie der hartnäckige Protest von Demokraten, die sich unter dem Motto »Bunt statt braun« zusammenfinden, zu organisieren.

15. Rechtsextremismus wirksam bekämpfen, verlangt heute auch eine stärkere Bündelung aller schon engagierten und neu mobilisierbaren Kräfte zu erreichen – national und international. Einrichtung und Pflege von Netzwerken sowie der rege kontinuierlich geführte Gedankenaustausch gewinnen an Bedeutung.

### **Was nun also? Was tun!**

10 Siehe: André Hahn: Rechte Hochburg Sachsen – Ursachen, Folgen und Auswege. In: Rundbrief der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der PDS 1+2/06, S. 5-10.

11 Siehe: Dierk Borstel: Rechtsextremismus und demokratische Kultur: Ein Lehrstück aus Vorpommern. In: Horst Helas / Dagmar Rubisch (Hrsg.): Rechtsextremismus in Deutschland. Analysen, Erfahrungen, Gegenstrategien, Berlin 2006, S. 79-83.

## **Publikationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema Rechtsextremismus**

Schriften 5

Klaus Kinner, Rolf Richter (Hrsg.)

**Rechtsextremismus und Antifaschismus.**

**Historische und aktuelle Dimensionen**

ISBN 3-320-02015-3, 295 S., 14,90

Texte 29

Peter Bathke, Susanne Spindler (Hrsg.):

**Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa**

**Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien**

ISBN 3-320-02086-2, 225 S., 14,90

Manuskripte 48

Norbert Schepers

**Einen Nerv getroffen.**

**Debatten zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in den neunziger Jahren in Deutschland**

ISBN: 3-320-02951-7, 108 S., 9,90

Manuskripte 61

Horst Helas, Dagmar Rubisch (Hrsg.)

**Rechtsextremismus in Deutschland**

**Analysen, Erfahrungen, Gegenstrategien**

ISBN: 3-320-02909-6, 135 S., 9,90

Standpunkte 15/2004

Rainer Rilling

**Die Rechte ist auch nicht mehr, was sie mal war.**

**Zum Wahlergebnis von NPD und DVU bei den Landtagswahlen im September 2004**

Standpunkte 3/2005

Roland Bach

**»Volksfront« von rechts?**

Standpunkte 2/2006

Horst Helas

**Rechtsextreme in der Mitte der deutschen Gesellschaft**